

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Fiktal-Expeditionen für die
Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Wm. Wuders,
409 Maystr. Chicago, Ill.
Peter Haj,
8. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:

16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen Deutschen
Postanstalten auf den 2ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen. Im Sgr. Sachsen
u. Erzst. Sachl. - Altemburg
auch auf den 1ten Monat
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Fiktal-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergeltungs-
Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Petit-Beile berechnet.

Nr. 80.

Sonntag, 12. Juli.

1874.

Politische Uebersicht.

Ein Gesändniß. Im „Leipziger Tageblatt“ erinnert ein Reichsschwärmer an den 25. Jahrestag des 6. Juli 1849, wo bekanntlich die schleswig-holsteinische Armee unter dem preussischen General Bonin von den Dänen geschlagen wurde. Der Mann des „Tageblatts“ weiß sich freilich nicht zu erinnern, daß damals der deutsche Bundestag, der eine „nationale“ Bewegung nicht brauchte, weil es nur gegen innere Feinde, gegen Demokraten ging, die „nationale“ Sache in Schleswig-Holstein schmählich im Stiche ließ, sie lächerlich machte und der Reaction die Bahn ebnete. Dagegen schließt der „Tageblatt“-Artikel, nachdem er die Niederlage von Fredericia besagt:

„Alles war damals verloren! Wie steht es aber jetzt? Wem haben wir zu danken, daß jetzt Schleswig-Holstein deutsch ist und daß wir die Einwohner dieses Landes als Brüder begrüßen können? Das ist der deutsche Kaiser. Es war seine erste große That für das deutsche Vaterland und daran werden sich stets alle Deutschen erinnern und am heutigen Tage die Bienen, aus allen deutschen Gauen Gebürtigen, die jetzt in alle Welt-
gegenden Jesireut sind, eine Vergleichen anstellen über Deutschland von 1849 und jetzt und sagen: Gott erhalte den Kaiser und das Reich.“

Wir erfahren somit, daß die Eroberung Schleswig-Holsteins 1863—64 des jetzigen Kaiserkönigs „erste große That für das deutsche Vaterland“ war, und freuen uns, daraus schließen zu können, daß die Niederwerfung des bairischen Aufstandes im Sommer 1849 noch der Meinung des „Tageblatt“-Mannes weder eine „große That“, noch eine „That für das deutsche Vaterland“ war. Auch wir werden dieser Lage einen Vergleich anstellen über Deutschland von 1849 und jetzt, und da es dieser Tage (am 23. Juli) gerade 25 Jahre werden, seit die Festung Rastatt durch einen Kapitulationsbruch in die Hände des preussischen Heeres fiel, so werden wir dieses Tages in diesen Blättern auf entsprechende Weise gedenken.

Die „Ehrenmännergenossenschaft“. Zu dem skandalösen Prozeß vor dem Militärgerichte Würzburg, wo die wegen Mißhandlung des Soldaten Plattner Angeklagten freigesprochen wurden, haben wir noch nachzutragen: der Hauptangeklagte, Premierlieutenant Fürthweier, von dem sein Oberstleutnant ausfragte, daß er „ein gebildeter, braver und tüchtiger Offizier“ sei, ist laut Ausweis schon bestraft worden: 1) wegen leichtsinnigen Schuldensmachens, 2) wegen Wechelschulden, die mit seinem Vermögen in keinem Verhältnis standen, 3) wegen eigenmächtiger Entfremdung, 4) wegen Nichtwahrung der Standesehre, 5) er bekam Verweis, weil er einen Befehl nicht in Vollzug setzte, 6) einen noch strengeren Verweis wegen mangelhafter Aufsicht im inneren Dienst.

Resümire wir das ganze Resultat des Prozesses Plattner und schlagen wir zwei neue Paragraphen für das Militärstrafgesetzbuch vor:

- § 1. Es ist nicht verboten, Soldaten zu schinden.
- § 2. Wer dabei sich auszeichnet, soll öffentlich von seinen Vorgesetzten vor der Front als gebildet, brav und tüchtig belobt werden.

In diesen zwei Paragraphen hätten wir dann so ungefähr das, was man heute den „militärischen Geist“ nennt.

Zur „Rechtspflege“. Es ist bekannt, daß die gefangenen Sozialdemokraten oftmals wie die gemeinsten Verbrecher behandelt werden. So ist kürzlich Wolf mit „Verbrechen anderer Kategorie“, d. h. mit Spitzbuben, in eine Zelle zusammen gesperrt worden und die Behandlung unseres Genossen Zierfas in Mainz war anfänglich derart, als ob derselbe mindestens sieben Raubverbrechen begangen habe. Wie man nun gegen wirklich gemeine Verbrecher zuweilen verfährt, darüber befehlt uns eine Correspondenz der „Volks-Zeitung“. Sie lautet:

„Gotha, 3. Juni. Man ist hier allgemein erstaunt, ja, ich möchte sagen entsetzt darüber, daß die bereits mehrfach bestrafte 39jährige Schwindlerin resp. Pseudo-Gräfin und Baronin, verheiratete Jenny Marie Elisabeth Ziemann, geb. Prinz aus Breslau, welche am 15. vor. Wtd. wegen Betrugs in wiederholtem Rückfalle vor dem hiesigen Schwurgerichte stand, aber wegen Nichterscheinens der beiden Hauptbelastungszeugen, des aus Bayreuth gebürtigen und gegenwärtig sich dort aufhaltenden Buchhändlers Köhlein und der verheirateten Bernstein zu Berlin, nicht abgeurtheilt wurde, Tags darauf aus dem hiesigen Kreisgerichtsgefängnisse nach Breslau, wo ihre beiden ankündigten Kinder sich befinden sollen, entlassen worden ist. Daß man einer so gemeinlichen und lügenhaften Person auch schon während ihrer langen Untersuchungsfrist solche Rücksichten hat angedeihen lassen, daß man ihr ein gutes Bett für 1 Thlr. 15 Sgr. monatlich mietete und für Anschaffung besserer Kost als die gewöhnliche Gefangenkost täglich 15 Sgr. aus der Staatskasse verwilligte, frapirt das Publikum nicht minder. Die Genannte hätte es sich selbst zuschreiben gehabt, wenn sie noch länger, resp. bis zum nächsten Schwurgerichte, inhaftiert geblieben wäre, da selbst die nachdrücklichen Ermahnungen des Schwurgerichts-Präsidenten zur Wahrheit nichts fruchteten. Daß die Ziemann, der man nur mit vieler Mühe habhaft werden konnte, bei guter Gelegenheit das Weite suchen und sich zu einer später anzuberaumenden Schwurgerichtsverhandlung nicht einfinden wird, läßt sich wohl mit ziemlicher Gewißheit annehmen.“

Uns „frapirt“ die auffallende Bevorzugung der Schwindlerin

durchaus nicht. Was schadet es in der heutigen Gesellschaft, wo so viele große und großartige Diebe als „Ehrenmänner“ umherstolzieren, wenn man einen kleinen Dieb, statt ihn zu hängen, einmal laufen läßt? Ein Sozialdemokrat hätte natürlich im Gefängnisse warten müssen, bis die Zengen beigebracht gewesen wären; eine „Pseudo-Gräfin“ kann frei ausgehen. Der Adel muß respektiert werden, auch wenn er nur Schwindel und Betrug ist!

— In dem Hause, das Bismarck jetzt im Bade Kissingen, wo er sich aufhält, bewohnt, stecken drei Kugeln von der bruderwörderischen Schlacht des Jahres 1866 zwischen Preußen und Bayern. Der zariführende Besitzer des Hauses hat die Kugeln weiß anstreichen lassen, weil er fürchtete, Bismarck möchte sich daran stoßen, daß dies Haus „seines Geistes einen Hauch verströmt“. Die Franzosen haben ihre „glorreichen Spuren“, von denen Bonaparte sprach, in Deutschland nicht gefunden; nun findet Bismarck die seinigen!

— Eine bittere Lehre ist den Fürther Metallschlägern erteilt worden, aus welcher sie einerseits die Nichtigkeit der Lehre von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“, andererseits aber auch sehen mögen, wie die Herren „Unternehmer“ es verstehen, die durch Ueberproduction herbeigeführten Verluste auf die Arbeiter abzuwälzen. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt darüber:

„Fürth, 3. Juli. In den Kreisen der hiesigen Arbeiterbevölkerung herrscht eine erregte Stimmung gegen die Nationalliberalen. Wie ihnen bereits mitgeteilt worden ist, haben die hiesigen Metallschlägergehilfen die Arbeit eingestellt; diese Arbeitseinstellung, von deren Durchführung sich die Sozialdemokraten fernhalten, erfolgte jedoch auf Zureden einer Anzahl Arbeitgeber — worunter Hauptführer der Nationalliberalen —, indem den Arbeitern vorgespiegelt wurde, daß durch den Strike eine Verbesserung der Geschäftslage eintreten würde, da durch Abnahme der Production die Preise der Fabrikate steigen müßten. Die Gehilfen gingen auf den Leim und haben in der That die Arbeit eingestellt. Es sind nun hierdurch 650 Personen brodlos, da die von den Arbeitgebern zugesicherten Unterstüzungen sehr spärlich fließen. Die Lage der Streikenden ist bereits derart, daß sie in einer Eingabe an den Magistrat um Beschäftigung bitten und den Antrag stellen, die Gemeinde möge zu diesem Behufe einen Bau in Angriff nehmen. Das Gesuch ist damit motivirt, daß der Strike mit Zustimmung der Arbeitgeber und in deren Interesse veranstaltet worden sei und daß von den Streikenden nur 130 Gehilfen von dem Hirsch-Dunker'schen Ortsvereine eine Unterstüzung von 1 Reichsmark pro Tag erhalten. Der Magistrat lehnte den Antrag ab. Gegen denselben sprach sich Herr Bürgermeister Langhaus wegen der daran sich knüpfenden Konsequenzen aus; aber auch der bürgerliche Magistrat Löwenstein, bekanntlich Sozialdemokrat, erklärte sich gegen den Antrag, indem er bemerkte, daß er principiell das Recht auf Arbeit anerkenne; aber abgesehen davon, daß die praktische Durchführung dieses Principis nur im Gesamtstaate, und nicht in der Gemeinde zum Ausdruck komme, wäre er für den Antrag, wenn die Gemeinde Konsequenzen hieraus ziehen und dieses Recht auf Alle, welche keine Beschäftigung finden können, ausdehnen würde. Da aber Redner überzeugt ist, daß die Gemeindevertretung nicht diese Konsequenzen hieraus ziehen wird, erklärt er sich gegen den Antrag, da er der Ansicht sei, daß schon berechtigtere Strikes da waren und noch kommen werden als der in Frage stehende, und die Gesuchsteller selbst zugeben, daß diese Arbeitseinstellung nur im Interesse der Arbeitgeber erfolgt sei.“

— Ein „entsagender“ Kapitalist. Wie jammervoll es um die ökonomischen Kenntnisse unserer Bourgeoisstridenten bestellt, zeigt neuerdings ein Artikel der „Erfelder Zeitung“ über den großen Kanonenkönig und Tuilerienpatrioten Krupp in Essen. Der Artikel handelt von der „Sparsamkeit“ des Herrn Krupp und sagt:

„Zwar hat Herr Krupp sich an der Ruhr ein Schloßlein gebaut, das ihm seine 4 bis 5 Millionen Thaler kosten soll; auch das Inventar und die Dienerschaft stehen in angemessenen Verhältnissen zu diesen Summen. Aber das ist eben, obgleich sich alles dieses ein wenig luxuriös anseht, keine Verschwendung gegenüber einem Vermögenszustande, der freilich ohne feste Tozation ist, von Kennern aber immerhin weit über 100 Mill. Thaler veranschlagt wird. Die 6 Millionen-Anleihe (die er neulich aufgenommen hat) scheint ihn zu verzehren, und darum gibt er sich an Sparen, um die lästige Zahl 6 mit ihrem Anhang sich bald wieder vom Etat zu schaffen. So werden alle Bauten, so weit sie nicht unumgänglich in seinen Fabrikräumen und zur Förderung seiner industriellen Zwecke und Ausdehnungen erforderlich sind, sistirt. An der Ruhr zum Beispiel ist, trotz der jüngsthin noch in Aussicht genommenen danischen Ausdehnung, fast allen Technikern und Arbeitern gekündigt; selbst sein hiesiges, in der Fabrik bestehendes Baubureau, dem eine Anzahl von 30—40 Beamten (Technikern) angehörte, wird auf eine Ziffer von 5 bis 6 Personen entlassen, welche eben nothwendig bleiben müssen für Instandhaltung der Baulichkeiten. Zur Anlage neuer Arbeiterquartiere — es sind zu diesem Zwecke nicht etwa neue Stadttheile errichtet; nein, ganze große Städte gebaut; — zur Anlage solcher neuer Kolonien — und er hatte deren zu den vorhandenen noch drei bis vier neue projekirt — werden ebenfalls die weiteren Arbeiten eingestellt. Hoffentlich werden recht bald all diese Arbeiten mit neuer Energie und vermehrter Kraft wieder aufgenommen.“

Wir wollen annehmen, Herr Krupp habe ein Einkommen von jährlich sechs Millionen. Weil er nun vielleicht jährlich nur drei Millionen durchschnittlich ausgibt, so „spart“ er nach Ansicht des Delonomen der „Erfelder Zeitung“. Schulze-Delisch würde sagen: Krupp erspart sich die Arbeit Anderer, die jährlich sechs Millionen Thaler trägt; d. h. er braucht die Arbeit nicht zu thun und steckt deren Ertrag ein. „Er gibt sich ans Sparen“, der arme Krupp! So sehr, daß er schon Arbeiter entlassen muß, und aus lauter Sparsamkeit baut er keine „neuen Stadttheile“. O diese heilige Einsicht! Es fehlt nur noch, daß die „Erfelder Zeitung“ den Arbeitern zuruft: Gehet hin und thuet desgleichen! Dann wäre die Schulze'sche Theorie vom „Entsagungslohn“ glücklich bis zum Gipfel erstiegen!

— Am Sonnabend den 4. d. M. wurde Parteigenosse Giffey in Eisenach verhaftet. Es heißt, daß Giffey das Festlied, welches Tags darauf bei dem Arbeiter-Brüderungs-feste verwendet werden sollte und das angeblich mit dem Strafgesetzbuche kollidirt, an die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei vertheilt ließ. Tags vorher fand bei Giffey eine Hausdurchsuchung statt, welche mit Constatation des Programmes für das genannte Fest endigte. Die Beschlagnahme läßt sich nur dadurch erklären, daß das Programm ohne Angabe des Namens und Wohnorts des Druckers erschienen ist.

Ebenfalls verhaftet wurde am 7. d. Mts. zu Wiesbaden Parteigenosse Kaufmann. In einer Volksversammlung, in der Schulze-Delisch einen Vortrag hielt, trat Kaufmann jenem gegenüber und soll, wie uns berichtet wird, in seiner Kritik der Schulze'schen Ergüsse gegen § 130 des R.-St.-G.-B. verstoßen haben. Das edle Metier des Demagogen hatte Schulze-Delisch in selbstgeigneter Person übernommen, indem er, während über die Abfertigung Kaufmanns, diesem entgegenwarf, daß er an dem Umsturze des heutigen Staates arbeite, es würde aber nie und nimmer gelingen, den Volksstaat zu gründen. Ein Führer der Fortschrittspartei im Bunde mit der Polizei; welch heilige Allianz!

Zum Coburger Congress sind ferner folgende Delegirte angemeldet worden:

- Hannover: A. Lohmeyer; Weiden: J. Motteler; Berlin: Dr. Stamm und J. Auer; Braunschweig: Carl Ulrich; Augsburg: P. Tauscher; Cassel: E. Eckstein; Glauchau: Hermann Albert; Grimmitzschau: E. Meßhorn; Wiesbaden: Kaufmann; Chemnitz: Richard Wolf; Limbach: J. Bahleisch; Ronsdorf: M. Rittinghausen; Göppingen: J. G. Hüttig; Bayreuth: E. Wendel; Frankfurt a. M. (auch Control-Commission): Julius Schade.

Hamburg, 7. Juli 1874. Mit Gruß!
August Weib, Rübingsmarkt 12.

Gewerkschaften

Berein der deutschen Steinmehlen.

Berlin, 6. Juli. In Folge der gegen unsere Mitgliedschaft Ibbenbüren eingetretenen örtlichen Polizeischwierigkeiten, bestehend in Verweigerung des Erlaubnißscheines zur Abhaltung der gesetzlich angemeldeten Gewerkschaftsversammlungen, sowie der steten Hesperien einzelner größerer Bruchbesitzer gegen den Verein, ist in den letzten 8 Tagen die Mitgliederzahl auf das vierfache gestiegen. Es wird nun, in der Hoffnung die Mitgliedschaft gänzlich aufzuwecken, ein Arbeitsauschluß geplant, und ist in Folge dessen der Zuzug von Ibbenbüren fernzuhalten.
A. Jabel, Vorsitzender.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Halle a. S. Wir berichten allen unsern auswärtigen Kollegen, daß unsre Gewerkschaft sich in stetigem Wachstum befindet. Herra Schäfer, Bevollmächtigter aus Leipzig, hielt am 23. Juni eine Versammlung ab, in welcher er über die Lage der Arbeiter sprach und uns zur Einigkeit ermahnte.
Alle Zugereisten wollen sich wenden an den Bevollmächtigten Georg Fäkel, Kellnergasse Nr. 8, 3 Tr. Kassirer ist Friedrich Ramboch, Leipzigerstraße Nr. 8, parterre. Schriftführer Franz Renicke, Dachriggasse Nr. 4.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Hamburg, 7. Juli. Warnung für alle Töpfer Deutschlands! Da einzelne Bundesmeister hier einen Arbeitsauschluß provozieren wollen, so ersuchen wir jeden Töpfer, durch Annoncen, die in auswärtigen Zeitungen erscheinen werden, sich nicht beeinflussen zu lassen, da hier Arbeitskraft genügend vorhanden ist. Auch agitiren die Meister persönlich, namentlich in Berlin, und suchen durch lügenhafte Versprechungen Arbeiter hierher zu locken. Es haben einzelne Arbeiter von selber die Arbeit wieder verlassen müssen, weil es ihnen nicht möglich war, den örtlichen Verhältnissen entsprechende Arbeit zu liefern und somit den angeblich hohen Arbeitslohn zu verdienen.
Unser Arbeitsnachweisbureau befindet sich bei Herrn Hübener, große Rosenstraße Nr. 37, und ersuchen wir jeden Töpfer, dasselbe zu benutzen.
Schulz, Bev.

Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden ersucht, Obiges zu veröffentlichen.

Hamburg. (Zur Beachtung.) Wir bringen hiermit zur Anzeige, daß die fast 15-wöchentliche Arbeitseinstellung der Brauer Schiffszimmerleute so ziemlich stetig beendet ist, indem die Zimmerleute, wenn auch nicht 5, so doch 2 1/2 Sgr. pr. Tag mehr verdienen haben. Der Vorort.

Correspondenzen.

Leipzig. In Lindenau haben die Härter verschiedener Fabriken die Arbeit eingestellt, weil die Fabrikanten Arbeitsbücher einführen wollten. Bei der Arbeitseinstellung dürfen die Arbeiter aber nicht stehen bleiben; sie müssen zur dauernden Organisation schreiten, wenn sie in Zukunft vor ähnlichen Anmaßungen der Fabrikanten gesichert sein wollen. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Arbeitgeber ihre Interessen am rücksichtslosesten unorganisierten Arbeitern gegenüber zur Geltung bringen können. Darum nochmals: Organisation!

Wilkau. Das am Sonntag den 28. Juni in Schneeberg stattgehabte Arbeiterfest, arrangiert vom dortigen Arbeiterfortbildungsverein, war so zahlreich besucht, wie noch selten eines in einem so kleinen Ort. Eine Anzahl Partei- und Gesinnungsgenossen von Stollberg, Pöhsitz, Zwönitz, Aue, Schorlau, Wildenfels, Niederhauflau, Schöndewitz, Kirchberg, Wilkau und anderen Orten waren daselbst vertreten. Nach 3 Uhr begann das Concert, abwechselnd mit Gesang, (die Sänger waren Stollberger Genossen.) Da der Festredner W. Liebknecht noch nicht erschienen war, so wurden von Genossen aus Zwidau, Wilkau, Kirchberg und anderen Orten kurze aber kräftige Ansprachen gehalten, immer unter Hinweis auf das Ziel der Arbeitervereine. Endlich erschien der erwartete Festredner W. Liebknecht mit einem Hoch begrüßt. Derselbe betrat sofort die Bühne und dankte zunächst für das Vertrauen, das man ihm bei der Wahl geschenkt habe. Er werde seine Pflicht als Reichstagsabgeordneter thun und solle man die Citabelle Schneeberg mehr und mehr besetzen, sein Fuß breit dürfe wieder verloren gehen. Liebknecht verzichtete vorläufig auf die Festrede, um sich von der Fahrt erst etwas zu erholen. Nun kamen die aus verschiedenen Orten anwesenden Parteigenossen in Gruppen und einzeln, um Liebknecht zu begrüßen. Nach 6 Uhr hielt Liebknecht die Festrede, welche nicht zu kurz ausgefallen ist. Näher darauf einzugehen würde der Raum dieses Blattes nicht gestatten. Wir betonen nur, daß er auf die prinzipielle Stellung der Sozialdemokratie, auf die ungleiche Verteilung der Lebensgüter, und auf die Mißstände im staatlichen und gesellschaftlichen Leben hinwies. Er hätte gehört, daß im Erzgebirge die Schullehrer gegen die Sozialdemokratie kämpften, und doch sei es Prinzip der Sozialdemokratie, den Lehrer als Volksschlichter, als Volkserzieher, als den ersten Beamten im Staate zu betrachten und demgemäß auch zu bezahlen. Die heutige Arbeiterbewegung unterdrücken zu wollen, sei einfach kindisch. Wie der in der Maschine gewaltsam zusammengedrückte Dampf sich einen Ausweg zu verschaffen wisse, so werde nach demselben Naturgesetz sich auch die Arbeiterbewegung nicht unterdrücken lassen. Zum Schluß gedachte der Redner noch unsres Freundes Bebel, der gegenwärtig in Zwidau eine neunmonatliche Gefängnisstrafe angetreten hat. Rauschender Beifall und Hochrufe folgten der Festrede. Während der Festrede waren an 1000 Personen anwesend. Die auswärtigen Gäste fuhren meistens 8 Uhr Abends per Bahn in ihre Heimath zurück und die näher wohnenden marschirten zu Fuß ab. Der Ball währte unter starker Theilnahme bis Morgens 4 Uhr, das Fest verlief in der schönsten und anständigsten Weise. Ein Telegramm vom Stiftungsfest des Volksbildungsvereins in Schmölz kam erst Montag früh an den Vorstand, obgleich es Abends angekommen war. Das Telegramm enthielt einen donnernden Gruß an die Genossen zum Arbeiterfest in Schneeberg.

Dresden, 5. Juli. (Polizeiliche Auflösung.) Der „Zeitungsverein zur Erhaltung des Dresdner Volksboten“ sollte Freitag Abend eine Versammlung abhalten, um seine Constatuirung zu bewirken. Diese Constatuirung wurde durch das Eingreifen der hiesigen Polizeidirection gestört. Schon am Nachmittag war ein Beamter beim pros. Vorsitzenden des Zeitungsvereins, Kayser, erschienen, traf denselben aber nicht an. Am Abend kurz vor Eröffnung der Versammlung wurde derselbe jedoch von der Mittheilung zweier Polizeibeamten überrascht, daß sie die Instruction hätten, die Versammlung aufzulösen. Der Vorsitzende macht Vorstellungen, daß nur eine rein gewerbliche Versammlung stattfindet, die Versammlung einer Erwerbsgenossenschaft. Hals aber Nichts. Die Instruction der Polizeibeamten lautete Auflösung, und darnach mußten dieselben handeln. Es wurde noch Herrn Kayser mitgetheilt, daß, um ihm in der großen Hitze einen Weg zu ersparen, er nicht auf das Polizeidirectorium geladen wurde. Natürlich bedankte sich derselbe außerordentlich für die Fürsorge um sein leibliches Wohl. Die Versammlung wurde eröffnet und bald wieder geschlossen, selbstverständlich mit der Mittheilung des Vorsitzenden, daß er sich beschwerdeführend an die Oberbehörden wenden werde. Wir vermuthen als Grund der Auflösung die Nichtanmeldung der Versammlung des Zeitungsvereins. Der Vorsitzende des Zeitungsvereins ging nämlich von der Ansicht aus, daß der Zeitungsverein kein politischer Verein, sondern eine Erwerbsgenossenschaft sei und es der Anmeldung nicht bedürfe. Wir hoffen natürlich, daß die Oberbehörden zu Gunsten der Ansicht des Vorsitzenden entscheiden werden. Durch die polizeiliche Auflösung ist nur bewiesen, wie wichtig die Erhaltung des Volksboten ist, wie sehr man dessen Verschwinden fürchtet, da in eine Regelung der Erwerbsverhältnisse die Polizei eingreift, um — die Autorität des nach unserer Meinung hier falsch angewandten Gesetzes zu wahren.

Göln. „Vom Thema darf nicht gesprochen werden.“ An diesen klassischen Ausdruck preussischer Polizeiwillkür wurde ich durch nachfolgenden, am 4. d. Abends in Coblenz stattgefundenen Genestreich eines hgl. preussischen Polizeibeamten erinnert. Für diesen Abend war von Seiten mehrerer Parteifreunde, anständiger Bürger und Geschäftsleute in Coblenz eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die sozialpolitische Lage der Gegenwart und die Bestrebungen der Sozialdemokratie“ einberufen, in der ich referiren sollte. Der ziemlich geräumige Saal war zum Erdrücken voll, und zwar waren Angehörige aller Stände und der verschiedenen politischen Parteien vertreten. Wir waren, da ja die Coblenzer Polizei sich von jeder durch einen rühmlichen Eifer gegen die Sozialdemokratie hervorbrachte und der für diesen Abend anwesende Herr Polizeikommissar Weber als einer der tüchtigsten Staatsretter bekannt ist, darauf gefaßt, daß wir einen schweren Stand haben würden; doch alles Erwartete wurde durch das beispiellose Vorgehen, wenn überhaupt auf diesem Gebiete, wo die Polizei schon alles Mögliche geleistet, vom Beispiellosen noch die Rede sein kann, des Herrn Polizeikommissar Weber übertroffen. Schon bei Eröffnung der Versammlung machte genannter Herr Schwierigkeiten, und zwar deswegen, weil ein Unteroffizier der

Coblenzer Garnison anwesend war. Auf Ersuchen legte der Unteroffizier die Waffen ab, und nun war dem Gesetze genüge geleistet, denn dasselbe fordert nur, daß keine „Bewaffneten“ mit Ausnahme der beiden überwachenden Polizeibeamten anwesend sein dürfen, vom Verbot gegen bloß uniformirte Personen ist im ganzen Versammlungsgesetz keine Silbe zu lesen. Doch was kümmert sich Herr Polizeikommissar Weber um Gesetze, speziell um das Versammlungsgesetz, ist er doch Polizeibeamter und als solcher, wenn er wie an diesem Abend als Beschützer des Staatswohls fungirt, berechtigt, die Versammlung nach Gutdünken zu behandeln. Was hilft es auch dem Bürger, wenn er Protest gegen ungesetzliche Auflösung von Versammlungen erhebt; der überwachende Beamte kann nicht bestraft werden, und wenn er das Gesetz noch so sehr verletzt hat, eine Verwarnung, wenn überhaupt etwas geschieht, ist alles, und was sich ein preussischer Polizeikommissar für eine „Verwarnung“, die er sich in solchen Dingen zugezogen, kauft, davon haben wir Beispiele. Wir fügten uns also in den Willen des Herrn Weber und ersuchten den Unteroffizier, sich zu entfernen, was denn auch geschah. Hierauf begann ich meinen Vortrag. Ich entwickelte zuerst die geschichtlichen Thatsachen, wie sie sich seit dem Jahre 1864 in Deutschland zugetragen haben, erwähnte den Krieg von 1866 und bemerkte, daß wie der Krieg vom Jahre 1864 mit die Ursache zu den Vorgängen von 1866 war, so auch der Ausgang des deutschen Bruderkrieges die Quelle zu dem Ereigniß von 1870-71 sei. Nachdem ich kurz über den Umwandlungsproceß innerhalb der politischen Parteien nach dem Jahre 66 gesprochen hatte, erwähnte ich auch der Mittel, welche sich die preussische Regierung bediente, um die öffentliche Meinung zu gewinnen. Hierbei äußerte ich wortgetreu wie folgt: „Nach dem Jahre 1866 wurde das konsigirte Vermögen der depossedirten Fürsten von Kurhessen und Hannover dazu benutzt, in den neugewonnenen Landestheilen Schleswig-Holstein die öffentliche Meinung zu kaufen, zu diesem Zwecke wurden an den hervorragenden Plätzen der annektirten Landestheile und in Süddeutschland entweder bereits bestehende Organe angekauft oder neue gegründet; Aufgabe dieser Blätter war und ist es, die Bevölkerung mit der Neugestaltung der Dinge auszuföhnen und die Meinung zu verbreiten, die Dinge, wie sie nach 66 gekommen, seien das Ideal, für das die Volksmänner in den Jahren 1848-49 gekämpft und geduldet hatten.“ Da mit einmal sprang der Kommissar Weber auf und: „Im Namen des Gesetzes, die Versammlung ist geschlossen!“ wußte es durch den Saal. Allgemeine Ueberraschung war das Erste, was sich der Versammlung bemächtigte, dann aber allgemeine Aufregung und entschiedener Protest allerseits gegen ein solch unmotivirtes Vorgehen. Wir machten gute Miene zum bösen Spiele und „aufgehoben ist nicht aufgehoben“ war die Losung, die sofort ausgegeben wurde. Die Sozialdemokratie, das hat sie schon zu hundert Malen bewiesen, wird durch solche Polizeischikane weder eingeschüchtert noch ermüdet, und unsere Coblenzer Parteigenossen werden sich bei nächster Gelegenheit wieder auf dem Plan finden, daran ist kein Zweifel. Aber, frage ich, was ist nach einem solchen Vorgange, der sich würdig an den Trierschen Vorfall anschließt, das Versammlungsrecht der steuerzahlenden Bürger in Preußen noch werth? Nach solchen Vorgängen ist es mehr wie frechheit, wenn Männer wie der Abgeordnete Lasker es noch immer wagen, vom preussischen Rechtsstaat zu plappern. Die pure reinste Polizeiwillkür ist es, die sich in solchen Vorgängen kund thut, und kein Mittel hat der Bürger, um sich dagegen zu schützen.

Nun, wir Sozialisten können auch damit zufrieden sein, je mehr und je krasser die Polizeiwillkür hervortritt, desto eher wird der Bürger von seinem Rechtsstaatsdusel geheilt und desto schneller kommen wir zum Ziel.

Darum: Einen Orden für den Herrn Polizeikommissar Weber für seine dem Staat und uns geleisteten Dienste. J. Auer.

Reichenhall. Aufruf an die Parteigenossen allerorts! Parteigenossen! Wir fordern alle Arbeiter im Namen des sozialdemokratischen Prinzips auf, Reichenhall zu meiden und so viel als möglich den Zugang von hier fern zu halten, da hier Arbeitskräfte in Ueberflus vorhanden sind und täglich noch neue, die keine Beschäftigung finden können, hinzukommen. Dabei wird der Lohn derart herabgedrückt, daß kaum mehr zu bestehen ist. Der Arbeiter verdient sich hier im Durchschnitt 6 fl., währenddem der Lebensbedarf sehr groß ist. Es kostet das Frühstück 6 kr. bayrisch mindestens, Mittag 22 1/2 kr. bayr. mit 1 Glas Bier, Vesper 9 kr., Nachtmahl 12 kr., zusammen 49 1/2 kr., ohne die übrigen, unumgänglichen Ausgaben für Wohnung, Wäsche, Kleidung u. s. w. Verlangt man höheren Lohn, so heißt es ganz einfach, man könne gehen, denn es kommen täglich eine Masse Arbeiter, welche froh sind, wenn sie Arbeit erhalten würden. Darum, Parteigenossen, rufen wir Euch nochmals zu, Reichenhall zu meiden.

Einige sozialdemokratische Arbeiter in Reichenhall.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, diesen Artikel aufzunehmen.

Genf, 28. Juni. Die Lage der hiesigen Arbeiter im Allgemeinen ist eine nicht ganz günstige zu nennen. Die meisten Geschäfte gehen so ziemlich flau, was namentlich der sehr kritischen Lage von Frankreich zuzuschreiben ist; dessen ungeachtet strömen die Arbeiter massenhaft aus der deutschen Schweiz hierher um ihr vermeintliches Glück in der so berühmten Stadt zu machen.

Die hiesigen Baufrämer (dem Arbeiter-Bund noch nicht angehörend) sind gegenwärtig im Strike und zwar schon seit dem 1. Juni, ohne zu einem günstigen Resultate zu kommen. Ihr Begehren ist: Aufhebung der Stückarbeit und Einführung der Bechn-Stundenarbeit mit einem Minimum von 50 Cts. per Stunde. Es ist hier zu bemerken, daß die zehnständige Arbeitszeit schon längst existirt, daß aber die Arbeiter in ihrer Stückarbeit genöthigt waren 11-12 und noch mehr Stunden zu arbeiten um einen angemessenen Tagelohn zu erreichen und daß eine immerwährende Veränderung der Zeichenpläne seitens der Architekten einen einigermaßen guten Tarif für die Arbeiter auskommen ließ.

Was den Gang des Strikes anbetrifft, so geht Alles sehr ruhig vor sich. Ein großer Theil der Arbeiter ist abgereist, eine ziemliche Zahl hat bei den hiesigen Möbelschreibern Arbeit genommen, aber immerhin bleiben noch ca. 50, die ohne Arbeit sind; unter den Letzteren befinden sich sehr viele Familienväter.

Man hat zwar Hoffnung, die Meister werden sich in nächster Zeit gezwungen fühlen, sich den Anforderungen zu unterziehen, da die Baufrämerarbeit im Moment sehr pressirt ist, doch wäre die Hülfe auswärtiger Arbeiter sehr erwünscht. („Tagwacht.“)

Briefkasten der Expedition. Je Sapp. Nachen: Wir können keine Ausnahme zu lassen. Zur Colportage brauchen Sie Gewerbeschein. Die Adresse von Nord lautet: erste Vorsetzen 13, Hamburg; die andere M. Ritzhau in Göln. — Dritte Oera, die Ann. der R. G. kostet 8 Gr. — D. Reth Müchengen, die Ann. in Nr. 78 u. 79 kostet 6 Gr. — Fr. Bhr. Apolda, wollen Sie für Nr. 77 an uns 1 1/2 Gr. in Briefmarken einschicken. — R. Jacobi Hamburg, die Ann. kam für Nr. 79 zu spät. — v. R. E. Biersch, Ab. 20 Gr. 5. — Sch. hier, Schr. 7 Gr. 5 Pf., Ab. 1 Zhr.

22 Gr. 5. — Vbh. Kuffig, Ab. 3. Da. 1 Zhr. 21. — G. Hög Berlin, Ann. 6 Gr. — F. Wyls Hannover Ab. 2. Da. 20 Gr. — Jechle hier Ab. Juli 6 Gr. — Im Mainz Kan 7 Gr. — Auf Rarlich, Schr. 1 Zhr. — Fr. Fiedrich Anger, Ab. 3. Da. 36 Zhr. 5. 5. — Jugh Witten, Ab. 2. Da. (N) 32 Zhr. 26 9. — Gdr Wien, Ab. 3 Da. 2 Zhr. Kfder dal., Ab. 3. Da. 3 Zhr. 22. — Schr. 8 Gr. — Holz arb. Gewerkschaft Köln Ann. 9 Gr. — R. H. Oberhausen, Schr. 2 Gr. 8. — Vbh. Freudenhal, Ab. 3. Da. 1 Zhr. 15. — Schr. 23 Gr. — Rie hier, Ab. 2. Da. 32 Zhr. — Hfl. hier, Ab. 3. Da. 16 Gr. — a. H. Feiglar, Ab. 1 Zhr. 13. — D. Berlin, Ann. 6 Zhr. 7. — Sozialdemokr. Arb.-Verein hier, Ann. 21 Gr. — Pitt hier, Ab. 3. Da. 23 Gr. 5. — R. Marcol Panjowa, Schr. 19 Gr., Ab. 2 Zhr. 6.

Anzeigen u.

Mugsburg Die hiesigen Mitglieder der Schuhmacher-Gewerkschaft veranlassen Sonntag, 19. Juli, im „Prinz Karl-Garten“ (Sächsenhäuser) ein Gartenfest mit Tanzunterhaltung, wozu sie ihre Kollegen, sowie alle Freunde der Arbeiterschaft, hiermit einladen. Anfang des Gartenfestes Nachmittags 3 Uhr, Entré à Person 6 Kr. Anfang der Tanzunterhaltung Abends halb 9 Uhr, Entré für Herren 18 Kr., Damen frei. Der Vertrauensmann.

Berlin Socialdemokratische Arbeiterpartei. Montag, den 13. Juli, Abends 8 Uhr: Öffentliche Parteiverfammlungen: 1) Prinzenstraße 72 bei Carius, (oberer Saal.) Vortrag, Diskussion. Fragenbeantwortung. 2) Gr. Frankfurterstraße 77 im königlichen Casino. Vortrag, Diskussion. Fragenbeantwortung. Da sehr wichtige Mittheilungen zu machen sind, werden die Parteigenossen dringend aufgefordert, zahlreich zu erscheinen. — Kleine Placate werden nicht ausgegeben, deshalb muß jedes Mitglied gut agitiert. Fest-Programm sind zu haben. Das Agitations-Comité.

Gotha Holzarbeiter-Gewerkschaft. Montag, 13. Juli, Abends 8 Uhr: Generalversammlung im oberen Clublokal. — Tagesordnung: Kasfenbericht. Die Mitglieder werden unter Hinweis auf § 26 des Krankenkassen-Statuts ersucht, pünktlich zu erscheinen. Der Bevollmächtigte.

Hamburg Abonnement auf den „Volksstaat“ nimmt Unterzeichneter stets entgegen, ebenso Bestellungen auf Becker's „Neue Stunden der Andacht“, wozu die Lieferung 3 Stkll. kostet. Die im „Volksstaat“ angezeigten Parteischriften können durch mich bezogen werden. D. Schulz, Platz beim grünen Sood 34, Saal 2.

Hamburg Gewerkschaft der Holzarbeiter. Mittwoch, den 15. Juli, Abends halb 9 Uhr: Versammlung bei Schardt, Schoppenstraße 22. — 1) Abrechnung. 2) Diskussion. — Alle Mitglieder haben zu erscheinen. Der Vorstand.

Leipzig Mitgliederversammlung der Genossenschaftsbuchdruckerei (Eingetragene Genossenschaft) Freitag, den 17. Juli, Abends halb 9 Uhr im kleinen Lokal bei Jadin, Turmstraße. Tagesordnung: Besprechung über den Rechenschaftsbericht, Antrag zur Generalversammlung und Vollmachtsvertheilung. Der Vorstand.

Leipzig Mittwoch, den 15. Juli: Sitzung des Agitations-Comité's im Lokale des Arbeiter-Bildungs-Vereins. Tagesordnung: Berathung eines geregelten Agitationsplanes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand.

Leipzig Metallarbeiter-Gewerkschaft. Jeden Montag, Abends 8 Uhr: Versammlung Nikolastraße 39, Hof 1 Tr. — T.-D.: 1) Die Fabrikordnung. 2) Gewerkschaftliches. 3) Fragekasten. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Bevollm.

Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig. Vollmacht-Formulare zur Vertretung auf der Coburger Generalversammlung sind umgehend nach Bedarf von A. Geib, Hamburg, Rödingsmarkt 12, zu verschreiben.

Die Union

Organ für die deutschen Holzarbeiter erscheint in Hamburg seit dem 1. Januar und auch im nächsten Quartel monatlich zwei Mal. Später laut Beschluß des Magdeburger Gewerkschafts-Congresses wöchentlich ein Mal als Organ der deutschen Gewerkschaften. Alle Postanstalten nehmen Abonnements zum Preise von 4 Sgr. pro Quartal entgegen. Hamburg. Verlag und Redaktion der „Union.“

Steinmehlen-Geuch.

Zwei gute Steinmehlen auf Granitstein einer in Sandstein, der andere in Granit können dauernde Arbeit bei gutem Lohn erhalten bei C. F. Petersen, Steinmehl in Heide (Holstein.)

Von nun an sind Privatbriefe an mich Braustraße 1 zu adressiren. W. Liebknecht.

Soeben erschien: Christenthum und Sozialismus. Eine Polemik zwischen Hrn. Kaplan Hohoff in Halle und dem Verfasser der Schrift: „Die parlamentarische Thätigkeit seit des deutschen Reichstags und der Landtage u.“ 24 Seiten groß Oktav. Preis 1/2, Agr.

Die Grund- und Bodenfrage.

Von Wilh. Liebknecht. 128 Seiten groß Oktav. Preis broschirt 5 Agr. Vorstehende Preise verstehen sich gegen baar oder Postvorschuß. — Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Expedition des „Volksstaat.“

Codes-Anzeige.

Heute, den 8. Juli 1874, verschied meine liebe Frau Barbara Bettihausen, geborene Baummeister aus Ginzburg a. d. Donau in Bayern. Friede ihrer Asche! Dieses allen Freunden und Parteigenossen mittheilend, bittet um Theilnahme Carl Bettihausen, Eistergasse Nr. 7, Göln. Leipzig: Druck und Vertrieb: R. Preißer. (Redaktion u. Expedition des „Volksstaat.“) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.